

Ermittlungen gegen den OB

Wolbergs und drei Unternehmen der Immobilienbranche stehen im Fokus der Staatsanwaltschaft.

Von Rainer Wendl

Regensburg. Ungemach für Joachim Wolbergs: Die Regensburger Staatsanwaltschaft hat am gestrigen Dienstag gegen den Oberbürgermeister ein Ermittlungsverfahren wegen Vorteilsnahme eröffnet. Konkret wird ihm zur Last gelegt, als Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Regensburg Stadtüden seit 2013, also mit Beginn der „heißen“ Wahlkampfphase, von drei Unternehmen aus der Immobilienbranche insgesamt über 500000 Euro an Spendengeldern entgegengenommen zu haben. Gegen die Verantwortlichen der spendenden Firmen wird wegen Vorteilsgewährung ermittelt.

69 Kripobeamte und sieben Staatsanwälte führten gestern diverse Durchsuchungen in Regensburger Privat- und Geschäftsräumen durch, unter anderem beim Immobilienzentrum Regensburg (IZ). Dessen



Rechtsreferent Wolfgang Schörnig nahm aus Sicht der Stadt zu dem Ermittlungsverfahren gegen den OB Stellung.
Foto: rw

Vorstandsmitglied Wolfgang Herzog sagte gegenüber der Rundschau: „Wir haben Unterlagen zur Verfügung gestellt, die jetzt geprüft werden. Wir sehen die Sache gelassen, weil wir uns nichts vorzuwerfen haben.“

Der städtische Rechtsreferent Wolfgang Schörnig betonte in einer Pressekonferenz am Nachmittag, dass auch das Szenario im Rathaus unspektakulär gewesen sei: „Jede Unterlage wird von Behörde zu Behörde zur Verfügung gestellt.“ Wolbergs habe größtmögliche Transparenz und Kooperation zugesagt, er wolle zur zügigen Enthärtung des gegen ihn erhobenen Anfangsverdachts beitragen.

Die Staatsanwaltschaft hält es für möglich, dass die geflosse-

nen Gelder nicht nur der üblichen politischen „Landschaftspflege“ dienten, sondern auch (bau-)politische Entscheidungen im Sinne der Spender begünstigt haben könnten. Laut Schörnig war Wolbergs von diesem Vorwurf überrascht: „Er hat ein reines Gewissen und kann sich nichts vorwerfen. Er fühlt sich völlig zu Unrecht in diesen Anfangsverdacht gerückt.“

Der Rechtsreferent kann diese Haltung insofern nachvollziehen, dass alle relevanten Entscheidungen wie Baugenehmigungen, Grundstücksgeschäfte, städtebauliche Verträge und dergleichen in den städtischen Gremien beschlossen worden seien. Wer wolle, könne dies auch anhand der Videoaufzeich-

nungen der Ausschusssitzungen nachverfolgen, so Schörnig.

Ob ein Zusammenhang zwischen den aktuellen Vorwürfen und einer im Vorjahr – im Zusammenhang mit einer Grundstücksvergabe an das Bau-Team Tretzel bei der Nibelungenkaserne – erhobenen Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den OB bestehe, konnte der Rechtsreferent nicht sagen. Allerdings wies er darauf hin, dass die Regierung der Oberpfalz damals nichts zu beanstanden gehabt habe. Pikant: Während jene Beschwerde von der Stadtrats-CSU angestrengt wurde, hat das jetzige Verfahren eine Mitteilung eines Landesverbandsmitglieds von Wolbergs' eigener Partei, der SPD, ins Rollen gebracht.

Die von der Staatsanwaltschaft angeforderten Unterlagen reichen übrigens bis ins Jahr 2011 zurück, Wolbergs ist bekanntlich erst seit Mai 2014 Stadtoberhaupt. Gleichwohl ließ Schörnig gestern keinen Zweifel daran, dass es für den OB „natürlich auch eine politische Bedeutung hat, in diesen Anfangsverdacht miteinbezogen zu sein“. Für den Moment geht aber alles seinen gewohnten Gang weiter. Während Schörnig im Alten Rathaus für die Stadt zu dem Verfahren Stellung nahm, leitete Joachim Wolbergs selbst im Neuen Rathaus eine Sitzung – die des Bau- und Vergabeausschusses ...